

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 46.

Freitag, 23. Februar 1923.

30. Jahrgang.

## Neue „Maßnahmen“!

Drei Arten der Taktik hat Poincaré bisher im Ruhrgebiet angewandt. Er hat zunächst versucht, durch die Verhaftung der Forderungsdirektoren Kohle zu erlangen, und als dies fehlschlug, wurde der Versuch gemacht, die Fischen zu beschlagnahmen. Auch hier Mißerfolg auf Mißerfolg, die schließlich zu der dritten Phase der Taktik führten: die Verhaftung seelisch und körperlich zu zerrütten. Aber selbst die Maßnahmen mit Reiterpeitsche und Revolver, die dem dritten Stadium des französisch-belgischen Kampfes zu Grunde lagen, haben bis heute für Frankreich und Belgien nicht den geringsten Erfolg gehabt. Wenn trotzdem im Hauptziel diese Maßnahmen fortgesetzt werden und Poincaré statt wie vorher infolge der Mißerfolge entsprechende Taktikänderungen vornahm, so spricht das dafür, daß man in Paris im allgemeinen eine vierte Möglichkeit, das Ruhrgebiet wirtschaftlich und politisch in die Hand zu bekommen, unter den gegenwärtigen Umständen nicht sieht, und die jetzt schon drei Wochen angewandte letzte Methode für die wirkungsvollste hält.

In Anbetracht der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Ruhrgebiet ist die dortige Arbeiterschaft der Auffassung, daß gerade Gewaltmaßnahmen der bekannten Art Frankreich nicht zu Erfolgen verhelfen. Man kann deshalb ein wehmütiges Lächeln über die neueste Verordnung des Generals Degoutte nicht unterlassen, der jetzt angeordnet hat, daß die deutschen Polizei- und öffentlichen Organe die Minister, falls sie das Einbruchgebiet betreten, festzunehmen und den Militärgerichten der Besatzung zuzuführen haben. Glaubt ein Mensch in Paris, daß ein Schutzpolizeibeamter diesem Befehl nachkommen wird? Die deutsche Polizei im besetzten Gebiet hat gerade in den letzten Tagen bewiesen, daß sie bereit ist, für die deutsche Sache auch die schwersten persönlichen Opfer zu bringen, und wir sind überzeugt, daß sie in diesem Verhalten fortfahren wird. Auch die Benennung „gehehliger Straßen“, die ausschließlich für den Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet benutzt werden sollen, dürfte der deutschen Bevölkerung keinen Respekt abgewinnen. Diese Maßnahme läuft zweifellos darauf hinaus, alle zollpflichtigen Waren zu erfassen. Bisher hat die Handelswelt die Entrichtung von Ausfuhrabgaben abgelehnt, aber trotzdem auf indirektem oder direktem Wege Waren in das besetzte Gebiet befördert. Es ist vorläufig für die Besatzung ein Ding der Unmöglichkeit, diesem Zustande ein Ende zu machen. Auch nur der Versuch hierzu würde den Franzosen ein ungeheures Aufgebot an neuen Soldaten und weiteren Zollbeamten kosten. Hiervor scheuten die Herrschaften bekanntlich in Paris sehr zurück.

Degoutte würde sicherlich auf die Anordnung zur Benennung „gehehliger Straßen“ verzichtet haben, wenn im französisch-belgischen Lager Klarheit darüber bestände, daß das Ruhrgebiet schließlich nicht mit einem Negerstaat zu vergleichen ist. Das Gleiche gilt von der französisch-belgischen Absicht, die deutschen Rhein- und Ruhrbahnen „kaufmännisch“ zu organisieren. Bis heute haben Frankreich und Belgien insgesamt 10 000 Eisenbahner in das neu besetzte Gebiet entsandt. Diese Leute, die wie einwandfrei festgestellt ist, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Ruhrgebiet alles andere als wohl fühlen, vermochten bisher noch nicht einmal, die beiden militarisierten Eisenbahnen so in Betrieb zu bringen, daß sich dieser für die Besatzung auch nur irgendwie gewinnbringend hätte. Schon daraus ergibt sich, daß eine „kaufmännische“ Organisation selbst mit geschultem französischem und belgischem Personal bei ungeheurem Kräfteaufwand nicht so einfach ist. Deutschland beschäftigt bisher im Ruhrgebiet über 100 000 Eisenbahnbedienstete, die langjährige Praxis hinter sich haben, über jedes Stellwerk in allen Einzelheiten unterrichtet waren und die vor allem Land und Leute kannten. Das alles sind Voraussetzungen für einen ordnungsmäßigen und geregelten Verkehr, die auch durch ein Aufgebot von 150 000 fremden Eisenbahnern nicht ersetzt werden können, ganz abgesehen davon, daß Frankreich und Belgien nie in der Lage sein werden, diese Zahl von Eisenbahnern in das besetzte Gebiet zu entsenden. Der erste praktische Versuch zur „kaufmännischen“ Organisation muß in Anbetracht des lobenswerten Widerstandes unserer Eisenbahner feilschlagen. Noch gibt es — und darüber sollte man sich langsam auch in Paris klar werden — eine ganze Reihe von Möglichkeiten, einen französisch-belgischen Eisenbahnverkehr unmöglich zu machen, selbst wenn eine regelrechte kaufmännische Organisation zustande gebracht werden könnte.

Frankreich sucht schon jetzt in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die ihm bei Durchführung der neuen Maßnahmen drohen, nach deutschen Arbeitern. Zu diesem Zweck sind in Düsseldorf und in Duisburg Werksbüros eingerichtet worden. Es heißt, daß bereits einige deutsche Staatsbürger ihre Bereitschaft, in französischem Sold zu treten, erklärt haben. Wir sind der festen Überzeugung, daß es sich hier um gefaßte Subjekte handelt, die sich leider heute zu Tausenden infolge der Ruhraktion im besetzten Gebiete herumtreiben und mit deren Bereitschaft Frankreich und Belgien Propaganda treiben werden. Es muß Aufgabe der Organisationsleiter sein, vor den Plänen der Besatzung auf Anwerbung deutscher Arbeiter öffentlich zu warnen. Für unsere Arbeiterschaft liegt kein Anlaß vor, den französischen Plänen auch nur aus irgendwelchen wirtschaftlichen Gründen Vorschub zu leisten. Löhne und Gehälter sind bei Arbeitslosigkeit festgesetzt, im Falle der Ausweisung ist für Unterkunft im unbesetzten Gebiet gesorgt. Ebenso ist für eine ordnungsgemäße Ausrüstung der Lebensmittelversorgung das Notwendige gesichert. Darauf hinzuwirken ist eine Pflicht der Organisationen im Interesse des deut-

lichen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft und letzten Endes im Interesse des Sozialismus.

**SPD. Bochum, 22. Februar. (Eg. Draht.)**  
Die Franzosen besetzten heute, am Donnerstag mittags, das Amtsgericht in Bochum. Ein des Weges kommendes junges Mädchen wurde von den Posten in rohester Weise unter Benutzung von Gewehrkolben vom Bürgersteig getrieben. Mehrere Posten, die das beobachtet hatten, brachten ihre Entrüstung hierüber durch Pfutze zum Ausdruck. Hierauf schossen die Posten ohne weiteres in die Menge. Auf der Stelle blieb durch Beschuss der Arbeiter Robert Koj tot. Schwerverletzt wurde durch einen Kieselstein ein Buchhalter und durch einen Oberleutnant ein Oberstadtssekretär.

## Bergarbeiterprotest gegen Mißhandlungen.

Berlin, 23. Februar.  
Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die politische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter und der Gewerkschaftsverein S. D., Abteilung Bergarbeiter, rühten an die Arbeiter der ganzen Welt einen Aufruf, in dem unter Anführung von Beispielen gegen die Mißhandlungen im besetzten Gebiet Protest erhoben wird. In unmenschlicher und grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von den französischen Offizieren mit der Keilpeitsche mißhandelt. In einem Tage wurden allein in Essen 22 solcher Fälle amtlich gemeldet. Die französische Militärdiktatur vernichtet die Zivilisation, sie verhindert den Wiederaufbau Europas. Das Vorgehen der Besatzung wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstandswillen nicht schwächen, im Gegenteil, er wird dadurch gestärkt. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen Militarismus und Imperialismus bis zu Ende zu führen. Der Protest schließt mit einem Aufruf an die Arbeiter der Welt, die Arbeiter an der Ruhr in ihrem Kampfe zu unterstützen.

## Verstärktes Einreiseverbot für deutsche Minister.

Essen, 22. Februar.  
General Degoutte erließ einen Befehl, wonach den deutschen Ministern der Aufenthalt im Einbruchgebiet verboten ist. Die Polizeibehörden und die öffentlichen Organe sind angewiesen, die Minister, falls sie das Einbruchgebiet betreten, festzunehmen und den Militärgerichten der Besatzungstruppen zuzuführen. Falls das nicht geschieht, werden die angedrohten Sanktionen (Besatzung der Städte und Ortschaften) durchgeführt.

## Kohlenkrise in Frankreich.

Paris, 22. Februar.  
Heute wird in Paris ein Kohlenkongress unter Vorsitz Le Troquoers eröffnet werden. Der Bericht der Regierung war bisher beunruhigend, doch leitete er dies aus persönlichen Gründen ab. Er gab jedoch dem Vertreter des „Echo de Paris“ sehr wichtige Erklärungen ab, in denen er sagte: Im Winter 1922/23 haben sich die Kohlen rar gemacht. Auch die französische Kohle wurde in den Monaten Oktober und November knapp. Seit der Ruhrbesetzung hörten die deutschen Kohlenlieferungen auf. Die Versorgung der Industrie mit Heizmaterial wird immer schwieriger. Infolgedessen müssen die metallurgischen Werke ihre Tätigkeit um ein Drittel einschränken. Der englische Markt ist mit Aufträgen überhäuft. Von französischer, belgischer und deutscher Seite wird er mit Aufträgen geradezu überflutet. Die Folge ist eine Erhöhung des Kohlenpreises, die infolge der Steigerung des Bundespreises sich noch steigern wird. Die französische Kohle deckt nur ein Drittel der Bedürfnisse. 40 bis 60 Millionen Tonnen werden in Frankreich jährlich gewonnen, die jedoch für den französischen Verbrauch vollkommen ungenügend sind. Frankreich muß also importieren. Der Koks aus dem Ruhrgebiet ist unbedingt notwendig, denn auf Belgien kann man nicht rechnen, weil es mehr Kohle braucht, als es selbst fördert. Trotz des guten Willens der Belgier können sie die Aufträge, die sie entgegengenommen haben, nicht ausführen.

## Bonar Law klagt Amerika an.

L. Anstiedam, 23. Februar.  
Aus London wird gemeldet: In einer Versammlung der English Speaking, an der viele Mitglieder der britischen Gesellschaft und der amerikanischen Kolonie Londons teilnahmen, hielt Bonar Law gestern anlässlich des Geburtstages George Washingtons eine Ansprache, in der er erklärte: Wenn Amerika seinen Anteil an Friedensarbeit geleistet hätte, wie es seinen Anteil am Kriege hatte, so würde heute die ganze Welt viel besser gestellt sein. Er kam darauf auf die Arbeit zu sprechen, die Amerika zur Herstellung des Friedens in Europa leisten müßte. Die Wirkung der Zurückziehung der Vereinigten Staaten nach dem Kriege sei gar nicht abzuschätzen. Seiner Ansicht nach erkenne das amerikanische Volk bereits die Wahrheit. Er hoffe und glaube, daß die amerikanische Regierung sie ebenfalls bereits erkenne und daß, wenn sich die Gelegenheit biete, die amerikanische Regierung nicht mehr absieht der Schwierigkeiten der ganzen Welt stehen werde.

Dollar 22 000.

## Reichstag.

305. Sitzung.

Donnerstag, den 22. Februar 1923, nachm. 2 Uhr.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Abg. Hammer (D.), der in seinem Testament bestimmt hat, daß die Welt erst dann von seinem Lode erfahren soll, wenn er der Erde übergeben ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Barth (KPD.) das Wort, um dem Reichstag Kenntnis zu geben von der Meldung in der heutigen Ausgabe der „Roten Fahne“, wonach der Chef der Heeresleitung, General Seckt, mit Hilfe des Reichslanklers Cuno, der sozialdemokratischen Minister Preußens und der Oberpräsidenten den Bürgerkrieg organisiere. Das Reichswahnenministerium habe die Ortschaften übergeben, mit denen es im Vertragsverhältnis stehe, auf breiter Grundlage auf und stelle ihnen Waffenlager zur Verfügung. Die Waffen seien reichlich vorhanden und der strategische Apparat intakt. Seckt fordere, daß die Zivilbehörden sich auf diese Mobilmachung einstellen und die Verhaftung von Reichswahnenoffizieren und Fahnenhütern aufhöre. — Wenn in diesen Mitteilungen, so bemerkt der Redner, auch nur etwas Richtiges enthalten ist, ... (Abg. Schwarzer (Bsp. D.): Ich hoffe es! — Großer Lärm bei den Komm., in dem die Worte des Redners untergehen. — Präsident Lobe ersucht den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Wir beantragen, daß die Reichsregierung aufgefordert wird, unverzüglich zu diesen Mitteilungen Stellung zu nehmen. Ich wende darauf hin, daß einzelne Mitglieder von Geheimorganisationen schon Befehl erhalten haben, sich am bestimmten Tage dort und dort einzufinden. (Hört, hört! bei den Komm. — Großer Lärm rechts und im Zentrum.) Das alles riecht bedenklich nach den Ereignissen von 1914. (Große Unruhe rechts und im Zentrum; Zurufe: Gehört das zur Geschäftsordnung?! Schluß! Schluß! — Abg. Seuermann (Dsp.) ruft: hinaus mit dem Hochverräter!)

Abg. Müller-Franken (Soj.): Wären die Mitteilungen der „Roten Fahne“ richtig, dann müßte auch ich sie als etwas ganz Ungeheuerliches bezeichnen. Danach würde auch unter Beteiligung meiner Partei zum Bürgerkrieg geführt. Die Dinge müssen hier sofort als möglich besprochen werden, aber das kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Etat des Reichswahnenministeriums, geschehen, und ich möchte daher bitten, daß sich die Redner beim ersten Punkt der Tagesordnung zunächst beschränken.

Da ein anderer Antrag nicht gestellt ist, tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Rest des Etats des Ministeriums des Innern. Bei den Ausgaben für die Technische Nothilfe, die 95 Millionen Mark betragen, wendet sich Abg. Breunig (Soj.) gegen die Technische Nothilfe überhaupt. Die angeforderten 95 Millionen Mark reichten kaum für die Beamtengehälter, es ist daher zu fragen, woher die Technische Nothilfe ihre Gelder bezieht. Die Eisenbahner wollen sich ihr Streikrecht nicht nehmen lassen, aber sie sind bereit, die Nothilfsarbeiten zu verrichten. Auf diesem Standpunkt stehen auch die Gewerkschaften. Mit diesen sind überdies Vereinbarungen darüber getroffen worden, was als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist und wo Nothilfsarbeiten verrichtet werden müssen. Die Technische Nothilfe ist eine überflüssige Einrichtung, für die wir die angeforderten Mittel nicht bewilligen werden.

Abg. Hölllein (Komm.) fordert die Beseitigung der Technischen Nothilfe, die vom Abg. Kütz (Dem.) gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz genommen wird. — Minister Dejer erklärt, daß die Regierung größten Wert auf die Bewilligung der Mittel für die Technische Nothilfe legt und befreit, daß sie von dritter Seite außerordentliche Mittel erhält. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten werden die Mittel für die Technische Nothilfe bewilligt und der Rest des Etats unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichswahnenministeriums. Den Bericht erliest

Abg. Stücken (Soj.): Die Reichswehr zählt zurzeit 3797 Offiziere, 17 941 Unteroffiziere, 76 866 Gefreite und Mannschaften und 500 Sanitäts- und Veterinäroffiziere. Sie besitzt keine Reserveformationen und verfügt auch nicht über reguläre Truppen mit Ausrüstungsgegenständen. Die Beförderung ehemaliger Offiziere des alten Heeres ist mit dem 31. Dezember 1922 eingestellt worden. Verschiedentlich wurden von der Reichswehr Ehrenkompagnien gestellt. Der Ausschuß hat den lebhaften Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß derartige Dinge für die Zukunft unterbleiben. Nach dem Bericht des Ministers ist die Reichswehr heute gut entwickelt und den an sie gestellten Aufgaben durchaus gewachsen. Die Preise für die Unterhaltungskosten sind ebenso wie für alles, was die Reichswehr braucht, gewaltig gestiegen. Die der Reichswehr zugewandene Munition ist zum erheblichen Teile nicht vorhanden und soll schleunigst angekauft werden. Die Herbstübungen sollen beschränkt werden. Die Reichswehrbediensteten können nicht daran denken, zu einem erheblichen Teile Beamte zu werden, sondern müssen sich darauf einstellen, später wieder in ihrem Beruf tätig zu sein. Die Wünsche der Heeresbeamten auf andere Einflüsse in die Beförderungsordnung sind der Regierung zur Erwägung überwiesen worden. Leider wird mir nicht in der Lage, alle Wünsche zu erfüllen, so berechtigt sie auch an sich sein mögen.

Reichswehrminister Dr. Gehler:

Die „rote Fahne“ bringt heute einen Artikel: „Seckt rüft zum Bürgerkrieg.“ Ich erkläre: Dieser Artikel ist nach Form und Inhalt unwahr und von Anfang bis zu Ende erlogen! (Hört, hört! rechts.)

Abg. Schöpplin (Soj.): Unsere Hoffnungen, daß sich im Laufe der Zeit die Zustände in der Reichswehr bessern würden, haben sich nur zu einem geringen Teile erfüllt. Immer noch werden Klagen über Beschimpfungen und Mißhandlungen der Soldaten laut. Wir fordern, daß endlich einmal gegen diese Ausschreitungen mit Energie vorgegangen wird. Aber trotz dieser Mißstände ist nicht zu bezweifeln, daß im inneren Aufbau der Reichswehr Fortschritte gemacht worden sind. Wir haben Schulen eingerichtet, aber die beste Schule und der beste Lehrplan geben noch keine Gewähr dafür, daß die Ausbildung und Erziehung so erfolgt, wie es in der Republik notwendig ist. Der Geiß, der im

Offizierkorps herrscht, ist noch immer der alte. Das Offizierkorps ist hierarchisch und hat starke Neigung zu nationalistischen Experimenten. Immer noch steht das Offizierkorps der Republik im inneren Gegensatz zur Republik. Was die „Rote Fahne“ heute schreibt, war schon nach der Leberchrift unrichtig. Die Kommunisten haben ein Glöcklein läuten hören, aber in ihren Ohren wird auch das schönste Konzert zum Spektakel. Was soll es bezwecken, daß Sie (zu den Kommunisten) uns in diese Angelegenheit hineinziehen? Kein Organismus konnte es besser auf die Verheerung der Arbeiter untereinander anlegen als die „Rote Fahne“. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Reichswehrminister hat eben den Artikel der „Roten Fahne“, als erfunden bezeichnet. Hier sind nicht doch Beziehungen von Offizieren zu verbreiteten illegalen Organisationen da? Hierauf muß uns der Minister eine klare unzweideutige Antwort geben. Die illegalen Organisationen treiben ein gefährliches Spiel und tun so, als hände die ganze Reichswehr hinter ihnen. Der Reichswehrminister ist verpflichtet, von dieser Tribüne herab Aufklärung über das Verhältnis der Reichswehr zu den Geheimbündlern zu geben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir sind aus gewissen Erfahrungen heraus sehr mißtrauisch geworden. In Straubing hat ein höherer Offizier bei seinen Kameraden eine Umfrage veranstaltet und sie gelehrt zu erklären, ob sie hinter ihm stehen würden. Die Reichswehroffiziere haben in illegalen Organisationen nichts zu suchen. Darüber muß der Reichswehrminister hier volle Klarheit schaffen. Die nationalistischen Bestrebungen sind eine große Gefahr und wir wollen nicht wieder mit verbundenen Augen dieser Gefahr entgehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt Organisationen, die mit dem Gedanken spielen, den passiven Widerstand zu einem Aktiven zu machen. Kann jemand heute auf den wahrscheinlichen Gedanken kommen, daß wir aktiven Widerstand leisten könnten? Die deutsche Arbeiterklasse jedenfalls will sich nicht mehr zum Opfer bringen lassen. Ohne sie kann der passive Widerstand nicht durchgehalten werden, aber sie denken nicht daran, sich zu nationalistischen Zwecken mißbrauchen zu lassen. Die nationalistischen Bestrebungen gefährden den Bestand des Reiches. Wenn Deutschland angreift, so wird nach den Worten Lloyd Georges sofort an die Seite Frankreichs treten. Von dieser Last haben unsere Telegraphenbüros mit WTB. an der Spitze nichts gemeldet. Von diesem offiziellen Bureau ist überhaupt zu sagen, daß es ebenso lügt wie Reuters, nur — etwas dünner. Wir brauchen jetzt alle unsere Kräfte, um unser Land zu erhalten und haben für irgendwelche unheimlichen nationalistischen Experimente keine Kräfte zur Verfügung. (Beifall bei den Sozialisten.)

Reichswehrminister Dr. Gessler: Für mich ist die Politik des Reichsanstalters maßgebend, und für die Heeresleitung ist maßgebend die Politik des Ministers. Wer sich gegen diese wendet, gegen den muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, denn es kann nicht zweierlei Politik geben. Welche Politik der Reichsanstalter macht, hat er erklärt wie lange er an ihr festhält, ist keine Sache. (Stürmische Heiterkeit links.) Der Reichsanstalter ist Mann genug, in kommenden Tagen eine andere Politik zu machen. Wenn er das auf verfassungsmäßigem Wege tut, wird er das Vertrauen der Volkvertretung hinter sich haben. Von einem Velle, das täglich mißhandelt wird, können sie nicht verlangen, daß es in all seinen Teilen kühl und verständig ist. Wie sollte Deutschland daran denken, einen arabischen Staat anzugreifen? Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Volk. Es gibt in Deutschland viele Verträge. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung.) — Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Ich habe ja Sie nicht gemeint. (Heiterkeit.) — Zwischenrufe bei den Komm. — Sie wärs antworten darauf: Unerschämtheit! Großer Lärm! — Abg. Remmele (Komm.) geht auf den Minister zu und ruft ihm eine auf der Tribüne unverständlich gebliebene Zeile zu, die auf der Rechten ernste Ruhe wie: Unerschämtheit! auslöst. Es ist nicht der Sinn des Vertrages vor Versailles, daß wir wärs von einem bis an die Zähne bewaffneten Volk aus jeden Schlag gestohlen lassen müssen. Das erlöst auf die Dauer kein Volk. (Stürm. Beifall rechts und in der Mitte und Handclaqueen. — Stürm. Widerspruch links.) Solange dieses Unrecht besteht, ist wenig Aussicht auf Geländung. Glanzen Sie, es ist eine Kleinigkeit in dieser Zeit die Reichswehr bei der Gehörlosigkeit zu halten? Sie müßten dem Kampf an der Ruhr Erfolg, muß aber da stehen, wo ihr zu stehen befohlen wird. Die große Gefahr, die in den illegalen Organisationen liegt, hat die Reichsregierung zu Verhandlungen mit den Völkern genötigt, an denen der Reichsminister selbst beteiligt war und die schon seit Monaten im Gange sind. General Scott ist an diesen Verhandlungen niemals beteiligt gewesen. Ich nehme für mich das historische Bedenken in Anspruch, daß ich an einer weltgeschichtlichen Aufgabe mitgearbeitet habe, wie sie noch von keinem Volk gelöst worden ist. (Beifall.) Ich nehme dieses Bedenken aus ein Offizier, Unteroffizier und Mannschaften der Reichswehr. Sie haben die Regierung durch Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung in diesen trüben Jahren ihre Aufgabe sehr erleichtert. (Beifall in der Mitte und rechts.) Ich wiederhole aber, daß es für das deutsche Volk unerträglich ist, wenn die im Versailler Vertrag angeordnete allseitige Abrüstung nur von uns erzwungen wird, während die anderen Völker immer stärker werden. Zur moralischen Abrüstung haben wir uns bemüht, wenn die ganze Welt es dem verdient. (Beif. Beifall bei den Sozialisten.) Nach demselben Vernehmen wird die Reichsregierung auf Freitag 2 Uhr verlegt. Folgendes Zeitgebe.

### Eine zerstörte Illusion.

#### Zusammenbruch des kommunistischen Generalstreiks der französischen Bergarbeiter.

Der Streik der französischen Bergarbeiter ist ein Beispiel für die Zerstörung der Illusionen der kommunistischen Propaganda. Die Arbeiter haben sich von der Illusion der internationalen Solidarität getrennt und sind zu einer realistischen Betrachtung der Lage zurückgekehrt. Die kommunistische Propaganda hat sich als eine zerstörte Illusion erwiesen, die die Arbeiter von der Realität der Lage ablenkte.

Die Arbeiter haben sich von der Illusion der internationalen Solidarität getrennt und sind zu einer realistischen Betrachtung der Lage zurückgekehrt. Die kommunistische Propaganda hat sich als eine zerstörte Illusion erwiesen, die die Arbeiter von der Realität der Lage ablenkte. Die Arbeiter haben sich von der Illusion der internationalen Solidarität getrennt und sind zu einer realistischen Betrachtung der Lage zurückgekehrt. Die kommunistische Propaganda hat sich als eine zerstörte Illusion erwiesen, die die Arbeiter von der Realität der Lage ablenkte.

Wir sind mit Euch einer Meinung, daß jetzt die Stunde der internationalen Aktion gekommen ist. Wir werden alles aufbieten, um Euer Vertrauen in die deutsche Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Auf zum gemeinsamen Kampf des deutschen und französischen Proletariats gegen die deutsch-französische Ausbeuterklasse!

Als dieser in Deutschland lächerlich, in Frankreich schändlich wirkende Aufruf erschien, war es mit der angeblichen Solidaritätsaktion der französischen Bergarbeiter bereits zu Ende. Und es waren nicht etwa die „verräterischen Amsterdamer“, die den Abbruch des Streiks beschloßen, sondern die Mostau angehörende kommunistische Bergarbeiterorganisation.

Wir sind von dem Ausgang dieser „Solidaritätsaktion“, bei der die deutschen Kommunisten eine lächerliche Rolle spielten, nicht weniger als überrascht. Wir haben den Streik von vornherein als Konjunkturzeit zur Aufbesserung der Löhne bezeichnet. Diese Lohnaufbesserung durchzuführen, ist dem „verräterischen“ Amsterdamer Verband gelungen, dank der passiven Resistenz der Ruhrarbeiter und dank seiner eigenen härteren Organisation. Gerade in den Kohlenrevieren, die allein drei Viertel der französischen Kohlenförderung ausmachen, in den Departements Pas de Calais und Nord, war der Streik am schwächsten. Dort warteten die Arbeiter auf den Beschluß ihrer Organisation.

Es wäre zu wünschen, unsere Kommunisten lernten aus dieser „Aktion“ mit der Wirklichkeit rechnen, statt sich an löcherigen Worten zu betäuben. Und die Wirklichkeit ist vorläufig noch so, daß auf eine internationale Aktion der französischen Bergarbeiter zugunsten der Ruhrarbeiter nicht gerechnet werden darf. Das zeigt der Beschluß der kommunistischen Bergarbeiterorganisationen, die Arbeit wieder aufzunehmen, mit groutamer Deutlichkeit.

### Delcassé gestorben.

Rizza, 22. Februar.

Der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten Delcassé ist gestorben.

Théophile Delcassé wurde am 1. März 71 Jahre alt geboren. Dieser kleine Provinzjournalist ist zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten Frankreichs und Europas geworden. Als Minister des Auswärtigen in vier Ministerkabinetten und seines weiten nationalen Ministeriums (Brillon, Ribot, Rouvier, Combes und Rouvier) hat er eine große Rolle mit Geld und Hartnäckigkeit die Einheit des Reiches bewahrt, wobei ihm allerdings die Tölpelhaftigkeit Wilhelms II. und seiner Regierung die besten Vorbedingungen lieferten. Es erforderte dabei ein Raffinierendes Geschick, um die Spannungen zwischen Frankreich und England über die Forderung der Neutralität, die bald das Lausengebiet aller europäischen Konflikte wurden, bis der deutsche Kaiser mit seiner berühmten Tuerer Rede im Frühjahr 1913 das europäische Kriegsdraht ein europäischer Krieg drohte. Damals ließen der Ministerpräsident Rouvier und die radikale Kammernmehrheit, die durch die gefährliche Situation der Politik Delcassés ausgerichtet worden, den Minister fallen, der sechs Jahre lang von der politischen Bühne verbannt war. Aber auch das Kommando von Alceiras vermochte ihn nicht zu zerstören, er wurde vielmehr in der Marokko-Affäre praktisch fortgesetzt, bis es zum Sturz von Vorhitz kam. Damals — 1911 — war Delcassé gerade wieder Minister geworden, und zwar hatte er das Mandat in dem feinesseus deutsch-französischen Kabinetten Caillaux und schied seine frühere Verantwortung zurück. Doch nach dem Sturz Caillaux und der Machtübernahme durch Poincaré besaß Delcassé bald wieder in seinem Element. Poincaré setzte auf Delcassés Schwelms den damaligen französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis ab, dessen maßgebender Einfluß den Kriegstreibern in beiden Ländern ein Paar im Auge war, und ernannte Delcassé zum außerordentlichen Botschafter. Die meisten Monate, die er am Hofe des Zaren verbrachte, waren zweifellos für die Entwicklung Europas verhängnisvoll.

In den letzten Jahren seines Lebens hat er keine aktive Rolle als Staatsmann mehr gespielt. In den Augen des internationalen Sozialismus wird er immer einer der großen Säulen der Vorkriegsjahre bleiben.

### Kapitalsteuer und Bankgeheimnis.

Der Steuerentscheid des Reichstages begann am Donnerstag mit der Beratung der Entwürfe, die zum Kapitalverstehergesetz in zweiter Lesung gestellt waren. Die Demokraten hatten einen Antrag gestellt, daß der Wert des bei Veräußerungen von Gesellschaften (Syndikaten) eingebrachten Vermögens nach den Paragraphen 137 bis 139 der Reichsabgabenordnung und Paragraph 4 des Vermögenssteuergesetzes festgesetzt werden soll, also nach dem dauernden gemeinen Wert. Das würde die Befreiung dieser Vermögenssteile von der Kapitalwertsteuer bedeuten. Der Vertreter der Demokraten, Dr. Fischer, gab sich erfindliche Mühe, den Antrag dem Steuerentscheid zu machen. Mit einer Imitation von dieser Seite ungewohnter Deutlichkeit wandte sich jedoch ein Regierungvertreter gegen den demokratischen Antrag. Er erklärte, daß durch keine Annahme nicht nur die ohnehin schon schwierigen Bemessungsbedingungen noch schwieriger gemacht, statt Klarheit vermehrt werden würde. Es handele sich hier nicht um eine Vermögenssteuer, sondern um eine Versteuere, die nach ganz anderen Gesichtspunkten erhebt werden müsse. Im übrigen behaupte der demokratische Antrag einen schweren Einbruch in das Steuergeheimnis, seine Ansehung an die Volkswirtschaft. Es gebe zurzeit wirklich nicht an, an einzelne Steuerzahler große Gelder zu machen.

Obwohl der deutsch-französische Abgeordnete Helfferich mit dem Antrag der Demokraten einverstanden war, empfahl er die Lösung der Sache von ihm als schwierig erkannten Herrn zurückzustellen. Staatssekretär Dr. Japp erklärte sich bereit, die Angelegenheit im Wege der Beratung, lehnte aber das Verlangen des Abg. Fischer, eine entsprechende Satzung zu machen, deutlich ab. Das veranlaßte Fischer zu einem persönlichen Angriff auf den Staatssekretär Japp, den General Reichstein empfindlich zurückwies. Der Ausbruch förmlich, die Beschäftigung über den Antrag zurückzustellen.

Auch im weiteren Verlauf der Beratung entspannten sich die Demokraten als die härtesten Gegner der Kapitalwertsteuer. Schon in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses hatten sie in Aussicht gestellt, Anträge auf event. Wichtige Wiederherstellung des Bankgeheimnisses einzubringen. Sie verlangten, daß der Reichsbankdirektor zu dieser Frage gutachtlich geäußert wird. Herr v. Harnstein erklärte auf Grund dessen einen im vorigen Sommer bei den Banken, Sparkassen und Genossenschaften abgenommenen Bericht über die Wirkungen der Einführung des Bankgeheimnisses. Er kam zu dem Schluß, daß die Rückgabe dieser heimlichen Vermögensgegenstände größer seien als die Vorteile, die durch eine Stärkung des Kreditverkehrs und eine Unterstützung der Sparwirtschaft, die zur Warenhandlung und zur Arbeit des Proletariats in den Kreditanstalten. Herrstein hat sich für die vollständige Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und Aufhebung des Depotgesetzes ausgesprochen.

gang andere Ursachen zugrunde: Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Reichsbank. Die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses gäbe den Steuerzahlern ein förmliches Recht zur Steuerhinterziehung, sie schaffe zwei Klassen von Steuerzahlern. Ein solcher Schritt müsse zu erbitterten Kämpfen führen. Die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber Anträgen, die über die Regierungsvoilage hinausgingen, sei eine absolut ablehnende. Die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotgesetzes würde bei der Sozialdemokratischen Fraktion den größten Widerstand finden.

Diese ungewöhnliche Erklärung verheißte ihre Wirkung nicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums erklärten zwar ihre Uebereinstimmung mit der Auffassung des Reichsbankdirektors, ein über die Regierungsvoilage hinausgehender Antrag würde indessen nicht mehr gestellt. — Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt, und zwar kommen die zwei Kernpunkte des Gesetzes zur Beratung: Bemessungsvoilagen und Tarife.

### Der künftige Brotpreis.

Am Donnerstag faßte der 20er Ausschuß des Reichstages, um die Preise für das vierte und fünfte Quartal des Umlagezeitraumes festzusetzen. Im Januar war beschlossen worden, die Preisfestsetzung für das vierte Quartal im Hinblick auf die politische Lage zu vertagen. In der letzten Sitzung wurde von Vertretern der Landwirtschaft durch ihren Vorsitzenden Abg. Schiele (N.D.) vorgeschlagen, die Umlagezeit möglichst dem freien Weltmarktpreis, der für Roggen 950 000 Mk. beträgt, anzupassen, weil sonst eine schwere Krise der Landwirtschaft zu befürchten sei. Schiele berief sich auf den Reichsbankpräsidenten Havenstein, der erklärt habe, daß keine Bank den Landwirten Kredit gewähren könne, solange für das wichtigste Produkt die Preise unangemessen bestimmt würden.

Daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion auf die Notlage der breiten Massen hinwies, besonders auf das fortwährende Fallen des Reallohnes, ist selbstverständlich. Vom Reichsenergie- und Rohstoffminister waren bestimmte Vorläufe nicht gemacht. Die Verbrauchervertreter schloßen sich schließlich vor, die Preise in dem Maße zu erhöhen, wie in dem Zeitabschnitt vom Dezember bis jetzt die Löhne und Gehälter gestiegen seien. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt, da damit die Produktionskosten nicht gedeckt würden. Nachdem die Mehrheit des Ausschusses eine längere Sonderberatung abgehalten hatte, wurde von ihr der Vorschlag gemacht, den Preis für das vierte und fünfte Quartal auf 600 000 Mk. pro Tonne zu bestimmen. Die Produktionskosten auf der Grundlage der Umlagezeit belaufen sich auf 678 000 Mk. pro Tonne Roggen, während der freie Weltmarktpreis, wie gesagt, 950 000 Mk. beträgt. Ein Vertreter der landwirtschaftlichen Regierung ist nun, nur die Verdreifachung des bisherigen Preises von 165 000 Mk. zu bewilligen und den Preis mit 500 000 Mk. festzusetzen. Die Verbrauchervertreter schloßen sich diesem Vorschlag an. Trotzdem wurde mit 13 gegen 7 Stimmen der Preis auf

600 000 Mk. pro Tonne Roggen

festgesetzt. Der Weizenpreis schließt sich verhältnismäßig an. Jedoch ist bei der Brotvermehrung der Roggen entscheidend. Wie sich die Preise des Brotes und des Weizens verhalten, läßt sich nach nicht genau sagen, jedoch muß mit einem Preis von ungefähr 1800 Mk. für das Marktbrot gerechnet werden. Die Regierung hat nun darüber zu beraten, wie sie sich mit dieser neuen Schwierigkeit abfinden werde und wie sie den Beschluß mit ihrem Bestreben nach der Stabilisierung der Mark in Einklang bringen will. Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden alle Anstrengungen machen müssen, um ihre Einnahmen dem gestiegenen Brotpreis anzugleichen.

### Deutschböllische Verleumder.

Die ganze Lämmerlichkeit deutschböllischer Schimpfapoßel enthielt sich dieser Tage vor einer Strafkammer in Halle. Der Lehrer Schmalz aus Helbra hatte sich in Versammlungen als deutschnationaler Wanderredner die unglücklichsten Beschimpfungen von Beamten der Republik geleistet und es besonders auf den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Hörning, abgesehen. U. a. hatte er sich in einer Versammlung zu Gerbstedt folgendes geäußert:

„Wißt ihr auch, was für einen feinen Oberpräsidenten wir haben? Der war im Reichstag besoffen! Das war der „Genosse“ Hörning. Und ich kann euch noch ganz andere Geschichten erzählen! In Oberhesseln hat dieser Mann an einen Juden über 30 000 Paar Schuhe verkauft, die für oberhessische Bergleute bestimmt waren. In jedem Paar soll er dafür 12 Mk. verdient haben! Was denkt ihr wohl, was dieser Mann verdient hat! Und weiter hat er noch Waggons mit Apfelsinen und Zigaretten verschoben!“

Dieserlei Beschimpfungen ließ er in Flugblättern zu Hunderttausenden im Mansfelder Kreise verbreiten und als flüchtiger Redakteur eines Stachtpfaffen Schimpfblättchens leistete er sich ähnliche Kränkchen, nach dem er bereits vom Schöffengericht wegen der ersten Beleidigung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt war und dann brieflich bei Hörning um Verzeihung gebittelt hatte. Gegen das Schöffengerichtsurteil hatten sowohl der Beurteilte wie Hörning Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer erklärte der Beklagte, daß er einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen nicht antreten wolle. Dafür aber wiederholte er: „Herr Oberpräsident, ich nehme meine beleidigenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und bitte um Verzeihung.“

Sein Verteidiger führt als „Strafmildernden“ Grund an: „Herr Schmalz sollte Abgeordneter der deutschnationalen Partei werden. Er sollte sich aber erst in den Versammlungen bewähren (!). Deshalb sind auch seine Entgehnungen als Strafmildernd zu betrachten.“ Genosse Hörning, der von der völkischen und deutschnationalen Presse fast täglich in der unglücklichsten Weise angegriffen wird, ließ sich durch die Bitten des deutschnationalen Helfden dazu bewegen, seine Berufung zurückzugeben. Darauf verwarf das Gericht die Berufung des Angeklagten, so daß es bei vier Wochen Gefängnis bleibt.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beendete die erste Sitzung des Notgesetzes. Zu Artikel 6 (Allgemeine Ermächtigung an die Reichsregierung) ließ die Sozialdemokratische Fraktion durch den Gen. Solmann erklären, daß der Reichsregierung eine weitgehende Ermächtigung, Verordnungen zu erlassen, nicht eingeräumt werden könne. Unsere Fraktion würde dies vermutlich auch dann tun, wenn sie selbst in der Regierung vertreten wäre. Alle bürgerlichen Parteien, auch die Deutschnationalen, sprachen sich für die allgemeine Ermächtigung an die Reichsregierung aus. Reichsminister des Innern Dr. Deier vertrat die Ansicht, daß die Reichsregierung diese Ermächtigung unbedingt brauche. Der Kampf an der Ruhr könne so rasch Entscheidungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, von der Reichsregierung erfordern, daß sie nicht erst mit dem Parlament verhandeln könne.

# Waterlandspartei in neuer Auflage?

Am 20. Januar 1923 hielten die sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände in Deutschland in Berlin, Kleiststraße Nr. 22, ihren ersten Vertretertag ab. Vorsitzender war der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Geisler, der zum Schluß zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wurde. Als Hauptaufgabe des Zusammenstufes dieser sogenannten vaterländischen Verbände wurde die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage und „Bekämpfung des Marxismus in allen seinen Erscheinungsarten“ bezeichnet. Herr Geisler erklärte es sodann als unabweisbar, daß man vor einer gänzlichen Abschüttelung der Franzosenherrschaft stehe und bezweifle es, daß Deutschland endlich mit Frankreich allein sei. Er polemisierte gegen den preussischen Innenminister, Gen. Seegering, der einen Verständigungsfrieden als Ziel der deutschen Aktion hingestellt habe. Der Industrielle Friedrich Karl v. Brud erklärte eine Agitation im Sinne der Ausführungen Geislers in Arbeiter- und Angestelltenkreisen für besonders notwendig. Die Verbreitung „antimarxistischer Aufklärung“ wurde einer besonderen Organisation überlassen, die sich „Nationale Einheitsfront“ nennt und von einem gewissen Herrn Wagner dirigiert wird.

Als geschäftsführender Vorsitzender der Verbände hat dann der volksparteiliche Abgeordnete Geisler am 1. Februar ein Rundschreiben an die angeschlossenen Organisationen losgelassen, worin zunächst über „Berücksichtigung der Sozialdemokraten im Ruhrrevier“ berichtet wird. Als Berückichtigung betrachtet Herr Geisler die von sozialdemokratischer Seite ausgehende Abwehr des nationalsozialistischen Treibens. Seegering habe in einer Konferenz der Polizeipräsidenten des Ruhrreviers deutlich erklärt, daß die preussische Regierung den Willen zu dauerndem erstem Widerstande nicht besitze. Im Hintergrund lauerten schon Wirk und Genossen, um ihre Erfüllungspolitik fortsetzen zu können. Herr Geisler erklärt unter solchen Umständen eine Stärkung der nationalen Propaganda für unbedingt notwendig. Ingeheim der von Seiten der Sozialdemokratie drohenden Gefahr habe der Untergang die ihm vom Nationalen Klub Berlin übergebenen Mittel in anderer als der zurzeit für zweckmäßig angesehenen Weise verwendet. Es sei notwendig, gegen „sozialistische hochverräterische Flugblätter“ Gegenchriften herauszugeben und das koste eben viel Geld. Es seien neue, sehr große Mittel erforderlich, um die Ruhrarbeiterchaft darüber aufzuklären, daß ihr Interesse mit denen der Unternehmer gleichliege. Darum seien nationale Spenden nützlicher angelegt, wenn sie zur nationalen Propaganda im Ruhrrevier verwendet würden, statt in den großen Topf der allgemeinen Ruhrhilfe zu fliegen. Zum Schluß weist der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Herr Geisler darauf hin, daß die Ausführungen des Herrn v. Brud in der ersten Vertreterversammlung der Vaterländischen Verbände in der „Deutschen Zeitung“ wörtlich veröffentlicht worden sein.

Danach steht also folgendes fest: Unter dem Vorhild des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Geisler hat sich eine extrem-nationalistische Organisation gebildet, deren Publikationsorgan die völkische „Deutsche Zeitung“ ist. Diese Organisation treibt unter dem Vorwand, die Franzosen zu bekämpfen, eine innerpolitische Hege gegen die sozialdemokratische Partei und verwendet zu Zwecken dieser Hege Mittel, die der allgemeinen Ruhrhilfe zur Linderung der Not im Ruhrrevier zugeordnet waren. Was sagt die Deutsche Volkspartei zu ihrem schätzenswerten Fraktionsmitglied und was gedenkt die Regierung gegen die Unterminierung der Widerstandsfreiheit, wie sie von Herrn Geisler und Genossen zu innerpolitischen Zwecken betrieben wird, zu unternehmen?

## Die Finanznot der Städte.

Tagung des Reichsstädtebundes.

SPD. In Halle a. d. Saale tagte am 17. Februar unter zahlreicher Beteiligung der Reichsstädtebund, die Organisation der deutschen Mittel- und Kleinstädte. Die Tagung begann mit einer Rundgebung für die Ruhrbevölkerung und einem Protest gegen die Absicht des Reichsfinanzministers, in einer Anzahl von Städten die leitenden Beamten auf Grund des Besoldungsperrgesetzes zurückzulassen, obwohl sämtliche preussische Instanzen die heutige Besoldung genehmigt haben. Syndikus Dr. Haackel besprach in seinem Referat die schwebenden kommunalen Fragen. In den Mittelpunkt stellte er das Finanzausgleichsgesetz, dessen Verabschiedung die in vielen Fällen geradezu katastrophale Lage der

deutschen Gemeinden erleichtert würde, obgleich auch dann noch 40 Prozent des Gemeindefinanzbedarfs ungedeckt blieben. Die Umsatztsteuer sei zwar keine ideale Steuer, aber es könne kein Streit darüber bestehen, daß sie vom Standpunkte der Gemeinden aus notwendig sei. Die stärkere Erhöhung der Steuer allein würde den Gemeinden keine wesentlichen Erleichterungen bringen. Wenn die Gemeinden nicht zugrunde gehen sollten, so müßte alles getan werden, um das Finanzausgleichsgesetz beschleunigt zu verabschieden.

In der Aussprache führte Genosse Stell, erster Bürgermeister in Kleinstädte (Spreewald) aus, daß bei der außerordentlichen Verschlechterung der Lebenshaltung weitestgehend eine Erhöhung der ohnehin schon drückenden Umsatztsteuer, die restlos auf den Verbrauch abgewälzt werde, nicht verantwortet werden könne. Die Reichsregierung dürfe an dieser Frage aber das Finanzausgleichsgesetz nicht scheitern lassen. Bei der Umsatztsteuer sei eine weit stärkere Erhöhung unumgänglich notwendig. Die Spitzenverbände müßten energisch für eine Erhöhung des Gemeindeanteils eintreten. In Preußen solle man endlich die Grundwertsteuer nach Naturalwert einführen, wie es jetzt im sozialistisch geführten Anhalt geschehe, wo man nicht so viel Angst vor den lebenden Agrariern habe. Durch diese Steuer würden Milliarden gewonnen, die zum Teil den Gemeinden zugewiesen werden könnten. Zum Schluß begründete der Redner einen sozialdemokratischen Antrag, der die Prüfung der Frage der Zwangswirtschaft für Milch, Fett und Kartoffeln und die Festsetzung von Zwangspreisen für Fleisch forderte. — Der Vertreter der hiesigen Arbeitergemeinschaft, zweiter Bürgermeister Pöschel, Neuzuppin sang das Hohelied der freien Wirtschaft und empfahl dann — den sozialdemokratischen Antrag zur Ernährungswirtschaft. — Stadtverordneter Söngarck-Düren und Bürgermeister Breuer-Werben forderten Erleichterungen für die besetzten Städte. Der sozialdemokratische Antrag wurde einstimmig angenommen.

Alsdann referierte Damschke über die Grundwertsteuer, deren Entwicklung im In- und Ausland er schilderte. Der führende Staat Preußen und die in ihm früher maßgebenden bürgerlichen Parteien kamen dabei schlecht weg. In den etwa 1200 preussischen Gemeinden, in denen die Steuer nach dem gemeinen Wert eingeführt ist, hat sie sich glänzend bewährt. Jetzt gilt es, sie der Geldentwertung anzupassen, und das geschieht am besten dadurch, daß sie unter Zugrundelegung der Friedensverhältnisse nach Naturalwert bestimmt wird. Dann ist sie die Milliardensteuer, nach der man im Reich und in den Ländern sucht. Die Steuer ist im Gegensatz zur Umsatztsteuer, die die Lebenshaltung verteuert, und zur Gewerbesteuer, die die gewerbliche Produktion erschwert, gerecht. Sie fördert die Produktion, denn sie zwingt zu intensiver Bodenkultur, sie vermehrt das Angebot und verbilligt so die Lebenshaltung. Ihre technische Durchführung ist denkbar einfach. Das neue preussische Grundsteuergesetz ist das schlaueste, was man dem Volke in dieser Zeit überhaupt bieten konnte.

Damit hatte die Tagung ihr Ende gefunden. Sie war erfreulicherweise verhältnismäßig zahlreich auch von sozialistischen Kommunalpolitikern besucht.

## Der pessimistische Schiffscherrin.

Immer noch kein Vertrauen zu Rußland!

Der aus Lausanne nach Moskau zurückgekehrte Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin hat dem Zentralen Exekutivkomitee Bericht über die Lage in Europa erstattet, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Die Haltung der europäischen Staaten uns gegenüber hat sich nicht im geringsten geändert und ist dieselbe geblieben wie auf der Konferenz in Genua, abgesehen von der Mehrheit der europäischen Großkapitalisten, die in engere Handelsbeziehungen mit uns treten wollen, aber ebenso wie die Staatsmänner uns kein Vertrauen schenken. Alle Vorschläge über unsere Anerkennung erbeiten stets mit dem Vorschlag, die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zu erweitern und jeden Privatbesitz anzuerkennen. Auf der Genuefer Konferenz hatte man darüber in viel

müßigen Tönen gesprochen, und diesen Umschwung erklärte ich durch die Änderung in dem Personalbestand der leitenden europäischen Staatsmänner, unter denen jetzt Lord Curzon und Poincaré die erste Reihe spielen. Die Politik Poincarés wird zwar offiziell von allen anerkannt aber hinter den Kulissen bringt sie dem und jenem zweifellos Vorteile und wird deshalb küßschweigend unterstützt. Die kleineren europäischen Staaten sind im Verein mit Mussolini genötigt, ihren Kurs auf Paris zu halten, wo bereits eine Ungünstigkeit mit dem Ministerium Poincaré zu erkennen ist, dessen Lage gefährdet ist. Wenn nicht plötzlich, in Verbindung mit der Besetzung des Ruhrgebietes oder den Vorgängen in der Türkei, irgendwelche Ereignisse eintreten, so werden wir uns zeitweilig auf unsere früheren Positionen zurückziehen und die weitere Entwicklung der zahlreichen Konflikte abwarten müssen, die durch die Ueberhöhung der eigenen Kräfte in Paris und London hervorgerufen worden sind und die eine günstige Situation für unsere äußere Politik schaffen. Ich denke, daß wir nicht lange werden warten brauchen, und deshalb müssen wir vorläufig durchhalten und ruhig den Folgen der Vereinbarungen entgegensehen, die offen oder geheim in London und Paris geschlossen worden sind.

## Schuld und Gühne.

Kommt die Bestattung?

Wie der russischen Berliner Zeitung „Dni“ unter dem 19. Februar aus Helsingfors gebichtet wird, beging einer der von der Sowjetregierung eingesetzten Revisoren der Staatspolitischen Verwaltung (der ehemaligen Tscheka), der Arbeiter Storzow, Selbstmord. Man fand bei ihm einen an das Präsidium des kommunalistischen Zentralkomitees gerichteten Brief folgenden Inhalts:

„Die oberflächliche Kenntnis der Geschäftsführung unserer wichtigsten Institution zum Schutze der Eroberungen des arbeitenden Volkes, sowie die Revision des Untersuchungsmaterials und jener Methoden, die bewußt von uns zur Befestigung unserer Stellung gebildet werden, weil sie, wie Genosse Unschlicht (der Leiter der Staatspolitischen Verwaltung) erklärte, im Interesse der Partei unbedingt notwendig seien, haben mich gezwungen, für immer jene Greuel und Gemeinheiten zu verlassen, die im Namen der hohen Grundzüge des Kommunismus von uns angewendet werden und an denen ich als verantwortlicher Funktionär der kommunistischen Partei unbewußt Anteil genommen habe. Indem ich durch meinen Tod meine Schuld sühne, richte ich an Euch meine letzte Bitte: Bestattet Euch, ehe es zu spät ist, sühnet nicht durch Eure Methoden unsere großen Revolutionskämpfer und stellt die Massen nicht vom Sozialismus fort!“

## Devisen-Kurse.

Berlin, 23. Februar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

22. Februar. 21. Februar.

Amsterdam	1 fl.	8977 50	9077 25
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1211 96	1226 92
Kristiania	1 Kr.	4199 40	4214 48
Kopenhagen	1 Kr.	4579 02	4413 98
Stockholm	1 Kr.	5999 96	6059 81
Helsingfors	1 finn. Mk.	610 96	618 46
Rom	1 Lire	1102 28	1107 22
London	1 £	166792 50	167780 —
New York	1 Doll.	22693 12	22942 50
Paris	1 Frs.	1896 50	1408 47
Zürich	1 Frs.	4289 25	4329 15
Madrid	1 Pesetas	3566 06	3615 98
Wien	100 Kr.	81 96	82 41
Prag	1 Kr.	674 31	683 28
Budapest	1 Kr.	7 28	7 98

## Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

32. Fortsetzung.

„Es mag Sie wenig kümmern, mein Herr, wie Seine Majestät es empfängt hat. Wünschen Sie vielleicht in Staatsgeheimnisse einzudringen?“

„In keiner Weise, Excellenz, aber ich habe wohl das Recht, über das erkläre ich Ihnen, was Sie mir sagen.“

„Stimmen Sie, soviel Sie wollen, mein Herr, aber hören Sie mich an ohne mich zu unterbrechen. Der König hat mich beauftragt, Ihnen zwölfhundert Frank zu überbringen, ein Zeugnis der Wertschätzung, die er Ihnen entgegen bringt, und er bittet Sie, Ihre nützlichen Einrichtungen fortzusetzen.“

Cornelius wollte keinen Ohren nicht trauen, aber Herr von Choiseul gab einem Bedienten ein Zeichen, der hinausging und bald mit einem Saal voll Silbermünzen wieder eintrat.

„Dies, mein Herr, ist die Summe, welche ich Ihnen im Auftrage Seiner Majestät überbringe. Sie können nachzählen, ob es zwölfhundert Frank sind.“

„O, ich mißtraue Seiner Majestät nicht und bitte, ihr die Gefühle meines Dankes und meiner Ergebenheit auszudrücken. Excellenz,“ fuhr Cornelius fort, „darf ich Ihnen ein Gläschen Johannisbeerwein anbieten? Mutter Simone fabriziert ausgezeichnet.“

„Wir nehmen sehr gern an, der Marschall von Sachsen und ich, und ich werde dem König über die gute Aufnahme berichten, die Sie uns bereiten.“

„Und wird der Herr Kanzler nicht auch ein Gläschen annehmen?“

„Ich widerspreche,“ sagte Benjamin, „für einen so hohen Amtsbearbeiter dürfte sich das nicht schiden.“

„Und ich sage drei, Choiseul, daß ich ein Gläschen trinken will. Das ist keineswegs gegen das Gesetz.“

„Wenn du trinkst, schide ich dich auf die Bastille.“

„Aber wenn du mich am Trinken hinderst, pfeife ich auf dein Ministerium und pulverisiere es.“

„Aber,“ sagte Cornelius, „der Herr Kanzler scheint mit dem Exzellenz umzugehen.“

„Was soll man tun? Die Leute von der Raube werden übermütig. Ich werde an Seine Majestät berichten.“

Inzwischen war der Johannisbeerwein gebracht worden. Cornelius fand, daß die Minister des Königs recht wacker saßen, aber er machte es wie sie, davon überzeugt, daß man sich auf den Seiten eines Ministers nicht betrinken könne.

„Mir scheint,“ sagte Cornelius ganz leise zu Herrn von Choiseul, „der Herr Kanzler hat einen kleinen Fick.“

„Er ist buhn,“ sagte der Marschall von Sachsen.

„Marschall,“ lachte der Kanzler, „wenn du nicht die Schlacht von Fontenoy gewonnen hättest.“

„Achten Sie nicht darauf, Kanzler, Sie wissen, daß die Soldaten eine derbe Sprache reden.“

Inzwischen war die Flasche leer geworden.

„Mutter Simone,“ sagte Cornelius, „noch eine Flasche, wenn's beliebt! Ich zahle.“

„Aber ich habe keine mehr,“ sagte Mutter Simone.

„Ja, gibt es nur die eine Flasche im Dorfe?“ fragte Choiseul.

„Herr Belle-Plante fabriziert welchen und verkauft ihn, das Gläschen um zwei Sou.“

„Aun wohl, so holt eine Flasche von ihm. Ihr werdet ihm sagen, daß es für den Premierminister ist.“

Mutter Simone kam zurück und meldete, daß Belle-Plante eine Flasche nicht unter zwölf Frank ablassen wollte.

„Bietet ihm fünfzehn und sagt ihm, daß er sie selbst herbringen soll.“

20.

In der Tat kam Belle-Plante einige Augenblicke später; er hatte seine baumwollene Mütze auf und trug die Flasche auf beiden Armen, wie eine Amme ihren Säugling hält.

„Kerl,“ sagte Cornelius, dessen Verstand etwas zu vergehen begann, „warum grüßst du nicht den Minister?“

„Dabei rüh er ihm die Mütze ab und warf sie durchs ganze Zimmer.“

„Aber,“ sagte Belle-Plante, „du siehst doch, daß ich nicht grüßen kann, weil ich die Flasche mit beiden Händen halte.“

„Achtet nicht weiter darauf, Herr Belle-Plante,“ sagte der Minister, „die Gelehrten haben äußerst freie Manieren.“

„Macht zwölf Frank,“ sagte Belle-Plante, indem er seine Flasche auf den Tisch stellte. „An wen soll ich mich wegen der Bezahlung halten?“

„Hier sind fünfzehn,“ sagte Choiseul, „aber Sie müssen uns die Ehre antun, mit uns anzuklopfen.“

„Belle-Plante mit Ihnen anzuklopfen?“ sagte Cornelius; „er ist ja ein Bauer, ein dreijähriger Bauer, er kann nicht einmal lesen.“

„Was liegt daran? Er ist ein guter Landwirt und Seine Majestät, die ich vertrete, ehrt alle Männer von Verdienst.“

„Ja, Cornelius, Ballonmacher, hörst du's?“

„Und du, Rindendotter, hörst du's?“ sagte Cornelius und zeigte ihm seinen Geldbeutel.

„Seine Majestät,“ fuhr der Minister fort, „hat mich beauftragt, mit Herrn Belle-Plante anzuklopfen. Also, nehmen Sie Platz, Herr Belle-Plante, und klopfen wir an.“

Cornelius hatte kein Glas dem des Belle-Plante genähert, dieser zog das seine zurück.

„Wie?“ sagte der Minister, „Sie wollen mit Ihrem Bruder nicht anstoßen, Herr Belle-Plante?“

„Woher weiß Exzellenz, daß das mein Bruder ist?“ fragte Cornelius.

„Nochmals, mein Herr, das geht Sie nichts an, das ist Staatsgeheimnis.“

Der Kanzler war vom Tische aufgestanden; er stopfte dem Fudel Hände voll von den Johannisbeerfrömmern, die auf dem Boden der Flasche lagen, ins Kaul; der Marschall von Sachsen sang, in dem er den Takt mit seinem Glase schlug: „Empor, empur! Es graut der Morgen.“ Und Belle-Plante ah den Rest der Hammelkeule, indem er mit Gemütigung berechnete, daß er am nächsten Morgen kein Frühstück brauchen werde.

Inzwischen zogen der Gesang des Marschalls, das Raufen des Kanzlers, das Heulen des Fudels, der keine Johannisbeeren mehr verschlingen wollte, den Feldhüter herbei, der seine Kunde in der Gegend machte. Er klopfte an die Tür der Mutter Simone und freute sich schon des Triumphes, die Feder bei der Uebertragung der Polizeistunde abzurufen. Mutter Simone fühlte sich durch die Gegenwart des Premierministers Seiner Majestät sehr stark und wollte nicht Öffnen.

„Im Namen des Königs! Macht auf!“ erwiderte der Hüter.

„Wenn ich dir aufmache, wird es dir in die Rude regnen, mein arme Baudrücke.“

„Öffnet nur immerhin,“ sagte der Hüter.

Herr von Choiseul befahl, daß man öffne.

„Meine Herren,“ sagte der Hüter, „ich muß Sie zur Anzeige bringen.“

„Was? Den Premierminister Seiner Majestät zur Anzeige bringen? Unverschämter, nimm dich in acht, daß ich dich nicht ablege.“

„Aber es sind doch hier nicht alle Minister,“ sagte der Hüter.

„Hier ist Herr Belle-Plante, der nicht Minister ist.“

„Das ist richtig,“ sagte Herr von Choiseul. „Da Sie irgend einen zur Anzeige bringen müssen, so denunzieren Sie Herrn Belle-Plante.“

„Hier, Baudrücke.“

„Hier gibt's keinen Baudrücke. Ich muß Sie zur Anzeige bringen, Herr Belle-Plante.“

„Sehr gut, Hüter, ich werde Sie zur Beförderung vorzuschlagen.“

„Aber, Herr Minister,“ sagte Belle-Plante, „Sie wissen ja, daß Sie es sind, der mich zum Stechen gezwungen hat.“

Fortsetzung folgt.



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 23. Februar.

### Butter- und Milchpreise.

#### Einheitliche Milchpreisregelung in Deutschland.

Der Buttermarkt in Hamburg setzte den Ladenpreis für Butter auf 7200 Mk. fest, sankte also den Preis um ganze 200 Mk. Die Kommission besteht sich auf Preiserhöhungen bei der Margarine. Zudem sei die Butter äußerst knapp, da die schleswig-holsteinischen Meiereien für jede Kuh ein Pfund Butter für die Kuhspende unentgeltlich beisteuern.

Der Milchpreis ist am Donnerstag nachmittag in einer staatlichen Kommission festgelegt, aber noch nicht bekannt gegeben worden.

Der deutsche Milchwirtschaftliche Reichsverband, die Spitzenorganisation der Erzeuger und Molkereigenossen, des Deutschen Städteverbandes, der Deutschen Milchhändlervereinigungen und eine Anzahl landwirtschaftlicher Körperschaften trat in Berlin zusammen, um zu einer Reihe Ernährungsfragen Stellung zu nehmen. Notwendig ist nach Ansicht der Ausschüsse die Bildung eines für ganz Deutschland gültigen Milchpreises. Allerdings müsse man eine andere Berechnungsweise für den Grundpreis gefunden werden, als bisher. Zu diesem Zweck sei es nötig, durch die zuständigen Behörden die Verwendung von Frischmilch für andere Zwecke, als die der Verteilung an die Bevölkerung zu untersagen.

### Bürgerchaftsvorlagen.

**Aufnahme von Anleihen.** Infolge der rasch fortschreitenden Geldentwertung reichen die Mittel, die für den Ausbau der Häfen, die Erweiterung der Betriebsanlagen und andere werbende Anlagen in Betracht kommen, für diese Zwecke nicht aus. Sie müssen deshalb erheblich vergrößert werden, was nur durch die Aufnahme langfristiger Anleihen möglich ist. Auch zur Befriedigung vorübergehender Staatsbedürfnisse bedarf die Finanzverwaltung wesentlich höherer geldlicher Betriebsmittel, als ihr jetzt zur Verfügung stehen. Der Senat stellt daher, einem Antrag der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft: daß die Finanzbehörde ermächtigt werde: 1. weitere langfristige Anleihen bis zum Betrage von 900 Millionen Mark aufzunehmen; 2. für vorübergehende Staatsbedürfnisse kurzfristige Kredite in Höhe von weiteren 600 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen, insbesondere Sachanweisungen auszugeben.

**Achtung, Arbeitsgemeinschaft!** Die Arbeitgeber haben den Spruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt. Sämtliche Betriebe der Bauhändler, Bauklemmer, Elektriker, Schmiede und Feilenhauer sind vorläufig für Einmischungen gesperrt. Jeder muß Sonnabend in der Versammlung erscheinen. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Schiedsgericht für Lübecker Gartenbaubetriebe.** Der Schlichtungsausschuß Lübeck fällt in seiner Sitzung am 20. Februar einen Schiedspruch für die Lübecker Gärtnerbetriebe, der einen Stundenlohn für Gärtner über 20 Jahre und Facharbeiter von Mk. 750.—, für Gärtner unter 20 Jahre und Arbeiter von Mk. 700.—, und für Frauen von Mk. 450.— vorstellt, und zwar für die Zeit ab 8. Februar. — Sind auch diese Löhne noch äußerst niedrig, so bedeuten sie doch einen kleinen Fortschritt. Wir fordern nun unsere Kollegen auf, überall in den Betrieben die Auszahlung dieser Lohnsätze zu fordern und für die Durchführung derselben Sorge zu tragen.

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Ortsverwaltung Lübeck.

**Fr. Beamtenversammlung.** Zu Donnerstagabend hatte der Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB.) eine öffentliche Beamtenversammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen, in der Bundesvorsitzender Falkenberg über Rechts-, Besoldungs- und Wirtschaftspragen sprach. Wegen Raummangels läßt sich das ganze Referat hier nicht wiedergeben. Aber ohne weiteres kann man feststellen, daß Falkenberg seine Ausführungen auf ein sehr hohes Niveau geleitet hatte. Ein Genuß war es, ihn über die Wirtschaftspragen anzuhören. Seine ganzen Ausführungen waren von größter Sachlichkeit getragen. Die freigeistlich entwickelte Beamtenchaft kann stolz auf solche Führer sein. An der Aussprache beteiligten sich Schermer, Heilborn, Groß, Boldt und Spanner. Schermer versuchte den deutschen und lübeckischen Beamtenbund in Schutz zu nehmen. Es scheint aber, daß Gen. Schermer nicht die richtigen Ziele erreicht. Auch Genosse Schermer muß beachten, daß man mit Gefühlen allein nicht weiterkommt. Heilborns Ausführungen waren dem Charakter der Hausbesitzer, Dietrich, R. d. B., in den Kopf gefahren. Aber auch hier war Dietrich besonnen, so daß er sich vergeblich im Rahmenhofstern durchzusetzen versuchte. Unser Wunsch geht auch von dieser Versammlung dahin, daß die Beamtenchaft nun bald den Mut zu einer freieren Arbeitsmehrpoltik aufbringen möge, bevor sie unter die Räder gekommen ist.

**Zuckererteilung.** Vom Landesverwaltungsamt wird uns mitgeteilt: Von verschiedenen Seiten wird über die verspätete Ausgabe des Zuckers geklagt. Der Grund liegt an der späten Zuteilung durch die Zuckerwirtschaftsstelle und an der späten Lieferung durch die Zuckerfabriken. Der Zucker, der jetzt zur Verteilung gelangt, ist die zweite Januarrate. Die Mitteilung der Zuckerwirtschaftsstelle, welche Fabriken diesen Zucker zu liefern haben, ist am 12. Januar hier eingegangen. Die Lieferung durch die vier Fabriken erfolgte aber erst nach und nach, und bis heute hat eine Fabrik überhaupt noch nicht geliefert. Die Ausgabe der zweiten Januarrate ist nur durch Hinzunahme von Restbeständen aus früheren Zuteilungen möglich gewesen. Die Zuteilung des Zuckers für Februar ist am 5. Februar hier eingegangen. An der Lieferung sind sechs Fabriken beteiligt. Der Zucker ist sofort abgerufen worden, es ist aber nicht zu erwarten, daß die Ausgabe der Februarrate — 3 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung — vor Anfang März erfolgen kann. Das Landesverwaltungsamt hat Veranlassung genommen, an zuständiger Stelle wegen zeitiger Zuteilung nachstellig zu werden. Die Fabrikpreise für den Zucker werden vor jeder Zuteilung von den zuständigen Reichsstellen festgestellt. Für die beiden Januarraten waren diese Preise verhältnismäßig hoch. Die inzwischen eingetretene Preiserhöhung bedingte eine weitere Erhöhung des Verkaufspreises der zweiten Rate.

**Zur Schließung des Grundbuchamtes.** Von zuständiger Seite wird uns geschrieben, daß die Schließung des Grundbuchamtes an mehreren Tagen der Woche durch eine außergewöhnliche Zwangslage nötig geworden ist. Infolge der Geldentwertung und der damit zusammenhängenden Steigerung der Gehälter und Löhne werden die Eigentümer von Grundstücken in die Lage versetzt, ihre Hypotheken abzuschließen. Andererseits bedürfen viele der Hypothekengläubiger, deren einzige Hilfsquelle bisher die Hausbesitzer waren, des Hypothekencapitals zur Kritik

ihres Lebens. So kommt es, daß seit dem 1. Dezember 1922 etwa eine Hochflut der Hypothekeneinlösung eingeleitet hat, wie man sie nicht voraussehen konnte. Die Hypothekeneinlösung, die sich nach der Kriegszeit gegenüber 1914 bereits verdreifacht hatte, hat durch die Hypothekenschuld eine Höhe erreicht, die eine Umwidmung auf dem Grundbuchamt innerhalb der Normalfrist zur Unmöglichkeit macht, zumal das Personal des Grundbuchamtes nicht erhöht werden konnte. Da die Heranziehung eingearbeiteter Kräfte nicht möglich ist, ist das Grundbuchamt gezwungen, zwei weitere publikumfreie Tage zu schaffen, um den Beamten die Aufarbeitung der nach Laufenden zählenden Akten zu ermöglichen. Sobald normale Zustände eingetreten sein werden, wird das Grundbuchamt wie bisher an vier Tagen der Woche für das Publikum geöffnet sein.

**Schwedische Ehrung eines deutschen Gelehrten.** Der berühmte Geograph Prof. Dr. Bend von der Berliner Universität, wohl der hervorragendste Geograph in Deutschland und ein Gelehrter von Welt Ruf, hat von der Schwedischen Gesellschaft für Anthropologie und Geographie die Vega-Medaille erhalten. Die Medaille wird den Gelehrten in den nächsten Tagen in Stockholm persönlich überreicht werden. Geleitmit Bend wird den Weg nach Stockholm über Lübeck nehmen, um hier für die Nordische Gesellschaft einen Vortrag über seine Eindrücke auf der vorjährigen Studienreise nach Finnland zu halten.

**Eisenbahnverles.** In der Nacht vom 21. zum 22. zwischen 1—2 Uhr verunglückte der Rangierer Heinrich Koch auf dem Rangierbahnhof Moisling tödlich. Ihm wurde das rechte Bein abgefahren. Außerdem trug er weitere innere Verletzungen davon. Der Bedauernswerte wurde ins Krankenhaus transportiert, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.

**Die Allgemeine Fortbildungsschule für Mädchen** hatte am letzten Sonntag die Arbeitsergebnisse und Eltern ihrer Schülerinnen in ihr Schulhaus, Johannstraße 67, eingeladen. Man wollte Hausfrauen und Müttern Gelegenheit geben, die schönen Küchenräume zu sehen, in denen die jungen Mädchen unterrichtet werden und zugleich Rührung mit den Lehrerinnen zu nehmen. Ein Besuch, eine Brücke zu schlagen zwischen Elternhaus, Arbeitstätte und Schule. Frau Direktor Müller gab einen Überblick über das Wirken der Schule in den ersten Jahren. Die

kleine Ausstellung im Lehrerinnenzimmer und in den beiden Richten im 1. Stockwerk brachte den Beweis, daß in Unter- und Mittelstufe gut gearbeitet ist. Die Kochausstellung zeigte, daß neben der eigentlichen Herstellung des Mittagessens besonderer Wert auch auf die verschiedenen Arten des Einmachens gelegt ist. Die Führung durch das Haus brachte den Gästen Gelegenheit über den Unterricht selbst und über die Organisation der Schule, Genaueres zu erfahren. Eine zweite Ausstellung steht am Sonntag, dem 25. Februar, 4½ Uhr, Interessenten offen.

pb. Wegen Unterjählung eines 50 000-Mark-Scheines wurden eine Arbeiterin und eine in der Kleinen Petersgrube wohnhafte Ehefrau festgenommen. Sie hatten auf einer Bierreise einen hiesigen Buchhalter kennengelernt, der ihnen im Laufe der Unterhaltung einen neuen 50 000-Mark-Schein zeigte. Diesen ließ die eine der Befragten in ihre Kleidung verschwinden und zog die Wiederherausgabe des Geldscheines in die Länge. Später wollte sie ihn überhaupt nicht mehr besitzen, sondern ihn der Freundin übergeben haben. Da der Geldschein nicht wieder herbeizuschaffen war, wurde gegen die beiden Frauen Anzeige erstattet, worauf ihre Festnahme erfolgte.

pb. Helfer und Stehler. Festgenommen wurde ein Arbeitsburche aus Reinfeld, der hier in der Besitze einer schweren Eisenplatte betroffen wurde, die er an einen in der Krähenstraße wohnhaften Schlosser und früheren Trödler verkaufen wollte. Der junge Mann soll schon öfter Eisen, welches aus Reinfeld stammen soll, an den Schlosser verkauft haben. Wegen Verdachts der gewerbsmäßigen Helferlei wurde dieser ebenfalls festgenommen.

pb. Festgenommen wurden ein Schiffsgehilfe und ein Rettungsboot, die von einem Schiffe 50 Leere Säcke gestohlen hatten.

pb. Diebstähle. Aus einer am Finkenberg befindlichen Gartenhütte wurden zwei Regalkücher gestohlen. — Einer in Hamburg wohnhaften Ehefrau ist am hiesigen Bahnhofe eine silberne Handtasche mit Portemonnaie, Füllfederhalter, 8000 Mark in bar, 2 Taschentücher und ein Schlüssel abhandlungskommissionen und vermutlich gestohlen worden. — Aus einem Bootshaus unterhalb der Poststraße sind mittels Einbruchs die Gardinen von den Fenstern und eine Bekleidung gestohlen worden und von der Babeanstalt am Krähenreich etwa 15 Meter Dachrinne aus Zink gestohlen.

## Die Wahlen zur Betriebsvertretung.

### Arbeiter! Angeheilt!

Die Betriebsrätezentrale des ADGB und AFA-Bundes hat in dem kürzlich veröffentlichten Artikel auf die wichtigsten Bestimmungen zur Einleitung der Wahlen der BR hingewiesen. Wir erachten es als selbstverständlich, daß in sämtlichen Betrieben Lübecks von den freigewerkschaftlich organisierten einseitigen Listen, auf denen nur freigewerkschaftlich organisierte Kandidaten verzeichnet sind, aufgestellt werden.

### Einheitliche Listen

Der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft müssen wir fordern. Der oben erwähnte Artikel enthielt die diesbezüglichen Beschlüsse des 11. Gewerkschaftskongresses in Leipzig, die für jeden freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter maßgebend sein sollten. Wir müssen es deshalb auch alserrat an der Betriebsrätebewegung und der gesamten Arbeitnehmerschaft bezeichnen, wenn diesen Beschlüssen des Kongresses, wegen der Zugehörigkeit zu verschiedenen politischen Parteien nicht Rechnung getragen wird. Es muß auch alserrat an der Betriebsrätebewegung bezeichnet werden, wenn die Anhänger der kommunistischen Partei, die gleichzeitig gewerkschaftlich organisiert sind, deshalb zur Aufstellung eigener Listen schreiten, weil sie nicht die Berücksichtigung zu finden glauben, die auf Grund ihres häufig recht großen Mundes ihnen nach ihrer Meinung zusteht.

Wir erachten die gesamte Tätigkeit der Betriebsräte in sozialen, arbeiterrechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen als eminent revolutionär, die sich allerdings nicht in Worten, sondern in Taten auszulösen hat, und wenden uns darum mit voller Schärfe gegen den Unfug freigewerkschaftlich organisierter Kollegenkreise, die glauben, im Gegensatz zu den freigewerkschaftlichen Listen, „revolutionärer“ Betriebsräte aufstellen zu müssen. Nicht das Prädikat, das sich der zu Wählende zueignet, sondern das Prädikat, das er sich durch seine Tätigkeit erwirbt, muß entscheidend sein.

Was ein Betriebsrat in seinem Betriebe und darüber hinaus im Dienste seiner Industriezweiggruppe und weiter für die Gesamtarbeiterschaft, und somit für die gesamte Volkswirtschaft zu tun vermag, hängt in erster Linie von dem Vertrauen und Rückhalt ab, das ihm seine Kollegen entgegenbringen und zuteil werden lassen, in zweiter Linie von seiner Macht und Kraft, die abhängig sind von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen, die hinter ihm stehen und ihn unterstützen. Darum ist es Aufgabe eines jeden Betriebsrates, ein tüchtiger Funktionär und Agitator für seine Organisation zu sein, weil nur dann alle Voraussetzungen zu seiner Tätigkeit gegeben sind. Drittens ist es notwendig, daß jeder Betriebsrat das Bestreben in sich trägt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine sozialistische überzuführen, da nur dies ihm befähigt, allen egoistischen Bestrebungen Widerstand zu leisten.

Die Voraussetzungen für ein gedeihliches Arbeiten der Betriebsräte sind leider bei den Gewerkschaftsmitgliedern, die sich politisch zur KPD. zählen, nicht oder doch nur sehr mangelhaft zu finden. Ein Bild in die Presse der KPD. überzeugt jeden Gewerkschaftler, daß eine solche „Arbeit“, wie sie in den Zeitungen und Versammlungen der KPD. geleistet wird, den Gewerkschaften nur Schaden und Nachteil bringen kann. Diejenigen, die sich heute so gern als „revolutionär“ aufspielen, leisten im Endeffekt der Reaktion Handlangerdienste. In dem Moment, wo das Ziel der KPD., das sie praktisch mit ihren Taten verfolgt, (wenn sie dieses Ziel auch in der Theorie abstrahieren), erreicht hat, nämlich die Zerkünderung der Gewerkschaften, in dem Moment dann das Unternehmertum mit Recht triumphieren.

Die kommunistische Partei hat zur „Eroberung“ der Betriebsvertretungen sogenannte „Richtlinien“ für die Tätigkeit des Betriebsrats aufgestellt. Diese lauten:

I. Rächstfolgendes Eintreten für die Interessen der Betriebsbelegschaft. Schärfer Kampf gegen die Versuche, den Achtstundentag zu befechtigen. Verweigerung aller Ueberstunden auch dann, wenn die Gewerkschaften mit den Unternehmern tarifliche Ueberstundenabkommen wie im Bergbau abschließen.

II. Unterstützung aller Bestrebungen in- und außerhalb des Betriebes für die Herstellung der „proletarischen Einheitsfront“ zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer auf die Interessen der Arbeiterschaft. Kampf gegen das Bündnis der Gewerkschaften mit den Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften. Kampf gegen das Bündnis der reformistischen Führer mit den bürgerlichen Parteien in der Koalitionsregierung als die einzigen Hindernisse für ein Bündnis aller Arbeiter zum Kampf für die Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters.

III. Aktive Beteiligung an den Kampf der Betriebsrätebewegungen und der Kontrollauschüsse. Unterstützung aller Bestrebungen zur Schaffung einer Arbeiterregierung, die sich auf die obengenannten Organe und auf die Gewerkschaften stützt.

IV. Kampf gegen Ausschüsse revolutionärer Arbeiter aus den gewerkschaftlichen Organisationen durch die „reformistischen Gewerkschaftsführer“, Kampf für die Wiederaufnahme aller wegen ihrer politischen und revolutionären Betätigung ausgeschlossenen Kollegen.

Wir sehen also wie bei jeder Gelegenheit die KPD. ihren Kampf gegen die Gewerkschaften in den Vordergrund schiebt. Gegenüber solchen „Richtlinien“ kann es für einen freigewerkschaftlichen Arbeiter gar nichts anderes geben, als sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses zu richten. Es ist nicht anzunehmen, daß in Lübeck auch nur ein Mitglied der freien Gewerkschaften außer den Kommunisten, sich etwa auf diese Richtlinien verpflichten wird. Trotzdem muß ausgesprochen werden, daß in Betrieben, wo es den Kommunisten doch angingen sollte, auf Grund dieser „Richtlinien“ eine einheitliche Liste aufzustellen, eine solche Liste für die freigewerkschaftlich organisierten, sich an die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gebunden fühlenden Mitglieder keine Gültigkeit hat und haben kann, da diese „Richtlinien“ nicht in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses stehen. In einem solchen Falle wäre es geradezu Pflicht unserer Gewerkschaftsmitglieder, der kommunistischen Partei-Richtlinien-Liste eine gewerkschaftliche Liste entgegenzustellen. Wie eifrig hier in Lübeck die Kommunisten an der Arbeit sind, die Betriebsvertretungen zu erobern, geht auch aus einem Fragebogen hervor, der von der Leitung der kommunistischen Partei an ihre Vertrauensmänner in den Betrieben verschickt wird. Dieser Fragebogen heißt folgendermaßen aus:

- Listen-Aufstellung zwecks Heerführung zu den Betriebsrätewahlen.
- Reffort:
- Politischer Vertrauensmann:
  - Gesamtkräfte des Refforts:
  - Wenig sind in der KPD.:
  - Wenig sind in der SPD.:
  - Wenig sympathisieren mit uns?
  - Wenig unterer Genossen sind aktiv?
  - Welcher politischen Richtung gehört der Vertrauensmann der Gewerkschaft an?
  - Name:
  - Sonstige Bemerkungen:
  - Wann ist die letzte Buchkontrolle der Partei durchgeführt?
  - Zahlenangabe muß genau sein!
  - Name und Wohnung der Genossen umseitig aufzuführen!
  - Bis zum 20. Februar an Genossen Heinrich Schmidt oder Nidel zurück.

Unsere Gewerkschaftsmitglieder können davon ersehen, mit welcher Intensität man bei der KPD. versucht, Erfolge zu erringen. Wir sind der Meinung, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder es der KPD. an Arbeit und Fleiß für die Betriebsrätewahlen nicht nur gleichmachen versuchen werden, sondern übertreffen. Eins muß allen ernst denkenden Gewerkschaftsmitgliedern klar sein: mehr als die Räte des Mittags bei den Arbeitern und Angeestellten steigen, um so schwieriger werden die Aufgaben der Betriebsräte. Leidenschaft und Gefühl beherrschen mehr und mehr die Belegschaften, die dann das Rollen mit dem Können identifizieren. Klarheit über das, was ist, in den gesamten sozialpolitischen, arbeiterrechtlichen und wirtschaftspolitischen Zusammenhängen sich anzueignen, um klar und wahr den Belegschaften die Zusammenhänge auseinanderzusetzen, ist damit die Aufgabe der Betriebsräte in inniger Gemeinschaft mit der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale und den Gewerkschaften.

Weiter müssen wir verlangen, daß ein inniges Zusammenarbeiten der Arbeiter und Angestellten, unter Berücksichtigung der heidneffektiven Aufgabengebiete, im Produktionsprozeß ein gemeinsames Sich-tun-und-verstehen-lernen und unterfügen-wollen vor sich geht. Es muß beiden Teilen klar sein, daß sie getrennt nicht, gemeinsam vorgehend alles sind.

Nach den Grundfragen und Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und nach den Erfahrungen organisierter Gewerkschaftsarbeit sind die Wahlen an der Spitze der Betriebsräte zu führen. Die weitgehendste Unterstützung der Betriebsrätezentrale und Gewerkschaften stehen zur Verfügung.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.  
J. A. Dreier.

